

Revolte im Kino

Legendäre GV jährt sich zum 60. Mal



■ **Kleinmachnow.** Schon vor 60 Jahren war Berlin als Arbeitsort und Kulturmetropole wichtiger Bestandteil im Leben der Kleinmachnower. Im September 1952 schloss die DDR-Administration den Grenzübergang Düppel mit S-Bahnhof. Die S-Bahn ermöglichte bereits seit 1930, innerhalb von 20 Minuten in der Mitte Berlins zu sein.

Am 30. Oktober 1952 fand in den Kammerspielen eine Sitzung der Gemeindevertretung statt, die auch ebene Grenzschließung zum Thema hatte. Etwa 2.000 Kleinmachnower Einwohner ergriffen diese Gelegenheit, ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. In einer Resolution erklärten sie:

„Die seit September 1952 eingerichtete außerordentlich zeitliche Beschränkung des Verkehrs zwischen Kleinmachnow und Berlin ist geeignet, den Aufbau des Sozialismus in der DDR durch körperliche und außergewöhnliche Nervenanspannung der von diesen Maßnahmen Betroffenen zu gefährden. 65 % der Bewohner K. arbeiten im demokratischen Sektor Berlins und sind je nach ihrer Dienstzeit gezwungen, zum Hinweg oder zum Rückweg weite Umwege zu machen ... Im Namen der äußerst beunruhigten und um das Gedeihen des sozialistischen Aufbaus besorgten Bevölkerung fordern die am 30. Oktober 1952 im Kino in Kleinmachnow Versammelten einstimmig eine umgehende Beseitigung der Verkehrsbeschränkungen und dass der alte Zustand für alle Bürger Kleinmachnows wieder hergestellt wird.“

Dass diese Resolution einen sarkastischen Unterton hatte, entging auch den DDR-Oberen nicht. Ihnen musste ein Ort, der bei mehr als 14.000 Einwohnern 2.000 Protestierer gegen die Linie der Partei- und Staatsführung mobilisieren konnte, aber nur 200 SED-Mitglieder hatte, wie ein „reaktionäres Nest“ erschienen sein. An jenem Abend kam es zu zahlreichen Verhaftungen. Das Sekretariat des ZK der SED fasste am 3. November einen Beschluss zu den „Provokationen in Kleinmachnow“. In einem Schauprozess wurden im Februar 1953 neun Kleinmachnower Bürgerinnen und Bürger zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Am 3. November 2012, um 19.30 Uhr, findet im Bürgersaal des Rathauses eine szenische Lesung statt, die den Zeitraum vom Herbst 1952 bis zum Prozess im Februar 1953 in den Blick nimmt. Sie wurde auf Basis der Masterarbeit der Gemeindevertrelerin Karin Heilmann erarbeitet. Der Eintritt ist frei – um Spenden für Amnesty International wird gebeten.

Ralf Niebel

Tellow

Für erlebnisreiche Weihnachten

Heimatfreundekreis sammelt für Heimkinder

■ Seinen 141. „Teltower Frühschoppen“ nutzte der Teltower Heimatfreundekreis 1987, um eine seit über acht Monaten laufende Benefizaktion abzuschließen. Mitglieder und Gäste hatten in dieser Zeit Geld gespendet, um Kindern und Jugendlichen in Potsdam und Ludwigfelde eine erlebnisreiche Busreise zur Weihnachtszeit zu ermöglichen. 696,03 Euro kamen an Spendenmitteln zusammen.

Freundekreisleiter Horst Fleischer überreichte den Vertreterinnen des „Märkischen Kinderdorfes“ Ludwigfelde und des Kinderheims „Eva Laube“ Potsdam je zwölf Fahrkarten für die am 1. Dezember stattfindende „Adventsfahrt an die Aller“, die in die altehrwürdige Herzogstadt Celle führen wird.

Gleichzeitig rief der Freundekreis auf, sich an der nunmehr neuen Benefizaktion zu beteiligen. Anfang August 2013 möchte der den Patenkindern in beiden Städten im Rahmen der „Zoofahrt nach Sachsen“ einen interessanten Besuch des Leipziger Zoos bieten. Noch während der Veranstaltung kam eine Spendensumme von über 65 Euro zusammen.

Teltower Heimatfreundekreis 1987

Region

Altanschießer in Stahnsdorf

■ Liebe Bürger in Stahnsdorf, Tellow und Kleinmachnow. Hr. Albers, Bürgermeister von Stahnsdorf, hat erneut sehr bürgerfreundlich versucht beim WAZV, per Beschlußantrag, die Klage Stahnsdorfs gegen den Altanschießerbescheid als das für die Bürger maßgebliche Musterverfahren gemäß der Musterverfahrensvereinbarung aus der SVV in Tellow zu bestimmen.

Leider haben der Bürgermeister von Tellow, Hr. Schmidt, und der Bürgermeister von Kleinmachnow, Hr. Grubert, gegen diesen bürgerfreundlichen Vorschlag gestimmt. Zusätzlich zu Ihnen haben noch Hr. Harald Schmidt-Urbrich, Maximilian Tauscher und Hr. Helmut Tietz dagegen gestimmt. Die mit dem WAZV vereinbarten Musterverfahren müssen schließlich nicht auf Kosten der Bürger durch deren Klagen geführt und finanziert werden sondern bürgerfreundlich von den Kommunen.

Hr. Schmidt und Hr. Grubert sind aber Ihrer bürgerfreundlichen Haltung treu geblieben, haben erneut das Wort der Bürger ignoriert und aktiv gegen sie entschieden. Man kann nur auf die zukünftigen Wahlen verweisen. Das Handeln von Hrn. Grubert und Hrn. Schmidt, aber auch das der anderen Volksvertreter in der SVV und der Gemeinde, sollte nicht vergessen werden und die Bürger sollten sich fragen, ob dies auch ihre zukünftigen Bürgermeister und Volksvertreter sein sollen.

Es gab viele Möglichkeiten für Hrn. Grubert und Hrn. Schmidt auf die Bürger ehrlich zuzugehen und Ermessensspielräume bei der Ausgestaltung der Altanschießerbeiträge für die Bürger und die Kommunen zu nutzen. Dies wurde aber nicht einmal ansatzweise versucht.

Und es kommen auf die Bürger noch weitere „Späße“ in den nächsten Jahren zu, die dann wohl mit dem gleichen Charme durchgesetzt werden: Allstadtsanierungsbeiträge (ehemals finanziert durch EU-Förderung – Steuermittel), jetzt noch einmal vom Bürger abkassiert usw.

Dr. Andreas Wolf